Beim Schulausbau Druck machen

Neuigkeiten von zwei Schulen in Oberschöneweide und Johannisthal

Unsere Kieze wachsen. Seit Jahren entstehen neue Wohnungen und besonders Familien ziehen zu uns. Doch bei der Schaffung zusätzlicher Schulplätze geht es oftmals nicht schnell genug voran.

Für den Bau und Ausbau von Schulgebäuden sind die Bezirke zuständig. Als Abgeordneter fühle ich mich trotzdem besonders verantwortlich an der Seite der Schülerschaft, Elternschaft und Lehrerschaft zu stehen und immer wieder auf Probleme und Versäumnisse hinzuweisen und Druck zu machen.

In den letzten Monaten kümmerte ich mich besonders um die Schule An der Wuhlheide und um die Grundschule am Ginkobaum.

Schule An der Wuhlheide

Seit über 3 Jahren stehen nun an der Schule An der Wuhlheide Container. Aufgestellt wurden diese ursprünglich mal (so die Aussage des bezirklichen Schulamtes), um das Haus C sanieren zu können. Zwar waren dort gar keine Klassen untergebracht, aber selbst wenn, die Sanierung vom Haus C hat nach nun 3 Jahren nicht einmal begonnen. Ähnlich sieht es für den Erweiterungsbau aus.

Doch wann geht es nun endlich voran? Die Bauarbeiten am Haus C sollen nach Aussage des Bezirksamtes im 4. Quartal 2021 beginnen. Die Bauarbeiten sollen bis Anfang 2024 dauern, sodass das Haus im 2. Quartal 2024 wieder der Schule An der Wuhlheide zur Verfügung stehen soll. Bis dahin werden die Container stehen bleiben. Aus drei Jahren werden dann also über sechs Jahre geworden sein.

Die seit vielen Jahren benötigte neue Mensa befindet sich noch nicht einmal in der konkreten Planung. Bevor das Gebäude geplant werden kann, muss zunächst ein sogenanntes „Bedarfsprogramm“ erarbeitet werden. Dieses „Bedarfsprogramm“ soll im 4. Quartal 2021 vorliegen. Wirklich gebaut werden soll erst im Jahr 2024. 254 Essensplätze und eine Küche soll die neue Mensa beherbergen.

So wird die größte Grundschule Treptow-Köpenicks auch die nächsten drei Jahre eine viel zu kleine Mensa haben. Ein Armutszeugnis für das bezirkliche Schulamt und die zuständige Bezirksstadträtin Cornelia Flader.

Grundschule am Ginkobaum

Johannisthal benötigt dringend zusätzliche Schulplätze. Hierzu sollen vorübergehend Container an der Grundschule am Ginkobaum errichtet werden. Vor Kurzem wurde die entsprechende Ausschreibung beendet. Für den Bau benötigen die Baufirmen in der Regel 5 Monate. Es ist also davon auszugehen, dass die Container nach den Winterferien 2022 bezugsfertig sind.

Johannisthal wird in den kommenden Jahren aber gleich zwei neue Schulen bekommen. Im Eisenhutweg ist der Bau einer Gemeinschaftsschule mit jeweils drei Klassen pro Jahrgang geplant. Hinzu kommt eine Grundschule in der Gerhard-Sedlmayer-Straße mit ebenso jeweils drei Klassen pro Jahrgang. Die Container haben also die Chance nach den geplanten 5 Jahren wieder abgebaut werden zu können.

Die Schulgebühren werden abgeschafft

Berlin geht mit einem Landesprogramm in Vorleistung

Noch wenige Woche bis zur Wahl. Doch die Koalition arbeitet weiter und versucht noch möglichst viele Vorhaben abzuschließen. Denn es gilt der Grundsatz: Was bis zur Wahl nicht beschlossen ist, verfällt und muss durch das neue Parlament mühevoll neu auf den Weg gebracht werden. Jetzt ist es gelungen, die Schulgeldfreiheit für die Gesundheitsfachberufe zu beschließen und das nötige Geld zur Verfügung zu stellen.

Der Fachkräftemangel in den Gesundheitsfachberufen, etwa der Physio- und Ergotherapie oder der Logopädie, verschärft sich immer mehr. Dies betrifft auch Berlin: Bedingt durch die demografische Entwicklung und seit Jahren deutlich abnehmende Ausbildungszahlen müssen viele Menschen eine wochenlange Wartezeit in Kauf nehmen, bis sie ihre verordnete Behandlung wahrnehmen können.

Ein unhaltbarer Zustand für die Betroffenen. Im Zweifel verschlimmern sich so Erkrankungen, anstatt geheilt zu werden. Um diesem Negativtrend entgegenzuwirken, müssen die entsprechenden Ausbildungen für Therapieberufe deutlich attraktiver gestaltet werden. Über Jahre haben wir diskutiert und nach Lösungen gesucht. Zum Schluss verweigerte sich noch der grüne Koalitionspartner. Doch anstatt weiter zu warten, haben wir nun, gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Gesundheit, einfach gehandelt und die Finanzierung des Schulgeldes für Gesundheitsfachberufe im kommenden Haushalt 2022/23 verankert. Somit wird die Ausbildung dieser Gesundheitsberufe auch an den privaten Schulen kostenfrei.

Auf Bundesebene wurde zwar schon die Schulgeldfreiheit beschlossen, allerdings kommt die Umsetzung nicht voran. Das Land Berlin ist deshalb jetzt ebenso wie viele andere Bundesländer tätig geworden und hat eine Übergangslösung zur Finanzierung der Schulplätze geschaffen.

Für die Schülerinnen und Schüler hat das Landesprogramm den großen Vorteil, dass die Gebühren direkt übernommen werden und keine Schulden entstehen. Das Programm soll solange laufen, bis das Bundesgesundheitsministerium seine Hausaufgaben erledigt hat.

So können Sie mich erreichen:

Abgeordnetenhaus:

Abgeordnetenhaus
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin
Tel.: 030 / 23 25 22 90

Wahlkreisbüro

Rathaus Johannisthal
Sterndamm 102
12487 Berlin
Tel.: 030 / 40 74 22 73

Sprechstunde

Mittwochs, 14:30 - 16:30 Uhr
SPD-Ansprechbar
Siemensstraße 15
12459 Berlin

Wenn es schnell gehen muss: 0179 / 39 34 615 (auch WhatsApp, Telegram)
wahlkreisbuero@lars-duesterhoeft.de | www.lars-duesterhoeft.de

Ansprechbar

Zeitung von Lars Düsterhöft

Für Sie im Abgeordnetenhaus von Berlin

Sonderausgabe zur Wahl 2021

Gedruckt auf Recyclingpapier

Sie entscheiden mit Ihrer Erststimme

Ist das die letzte Ausgabe?

Dies ist die 18. Ausgabe meiner kleinen Zeitung. Seitdem ich Ihr Abgeordneter sein darf, war es stets mein Ansinnen, Sie möglichst gut über meine Arbeit zu informieren, die Probleme zu erfahren und im ständigen Austausch mit Ihnen zu sein. Dies gelingt heutzutage besonders gut über die sozialen Medien wie Facebook und Instagram. Aber auch das bedruckte Papier ist noch immer ein unersetzlicher Weg, um Sie zu informieren und mitzunehmen.

Ob nach dieser Ausgabe Schluss ist, das entscheiden Sie. Ob nun am 26. September oder vorher per Briefwahl, Sie entscheiden mit Ihrer Stimme, wer Sie in den kommenden 5 Jahren im Berliner Abgeordnetenhaus vertreten soll. Das ist keine unwichtige Angelegenheit. Ich kann Ihnen versichern, dass man als Abgeordneter vielleicht nicht immer unmittelbaren Einfluss hat, das Amt sorgt jedoch dafür, dass man gehört und ernstgenommen wird.

Es ist also nicht unwichtig, wen Sie wählen. Sie sollten Ihre/n Abgeordnete/n kennen und einschätzen können. Und er/sie sollte sich vor Ort einbringen, einsetzen, ansprechbar und engagiert sein. Sie wissen, dass ich das bin.

Es mag sein, dass die SPD nicht die Partei Ihrer Wahl ist. Mit Ihrer Erststimme bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus können Sie aber unabhängig von Ihren weiteren Stimmen entscheiden, wer Sie vertreten soll.

Sie kennen mich. Entweder durch diese Zeitung, von einem meiner Stände oder aus einem persönlichen Gespräch. Sie können meine Arbeit im Abgeordnetenhaus sowie für unsere drei Kieze einschätzen. Sie wissen, ich habe stets ein offenes Ohr für Sie und Ihre Anliegen.

Ich stehe für eine ausgewogene Politik, fern von extremen und unrealistischen Ansätzen. Ich stehe für ein Miteinander, egal welche Partei Sie bevorzugen oder aber der Politik grundsätzlich kritisch gegenüberstehen.

Gern möchte ich meine Arbeit fortsetzen. Gemeinsam mit Ihnen habe ich noch viel für unsere Stadt und unsere Kieze vor. Hierfür benötige ich aber Ihre Unterstützung bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus. Um Ihre Erststimme möchte ich Sie hiermit bitten.

Ihr Lars Düsterhöft

Mehr Rechte für Menschen mit Behinderung

Rot-Rot-Grün beschließt neues Landesgleichstellungsgesetz

Querschnitt / pixelio.de

Kurz vor den Wahlen wird noch immer viel gearbeitet und im Parlament werden weiterhin Beschlüsse gefasst und Gesetze verabschiedet. Nach gut drei Jahren Diskussion hat Rot-Rot-Grün nun die Überarbeitung des Landesgleichstellungsgesetzes auf den Weg gebracht.

Vor nun 22 Jahren wurde in Berlin erstmals ein Landesgleichberechtigungsgesetz erlassen. Berlin war damals Vorreiter. Doch seitdem ist nicht nur viel Wasser die Spree hinuntergeflossen, auch das Bild von Menschen mit Behinderung hat sich stark gewandelt. Die UN-Behindertenkonvention wurde vor 12 Jahren durch die Bundesrepublik ratifiziert und stellt seitdem den Maßstab für unser Handeln dar.

Wenn wir ehrlich sind, ist die Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderung in jeder Hinsicht gleichberechtigt sind, eine riesige Herausforderung. Es ist eine gewaltige Aufgabe, welche unsere Gesellschaft, unser Denken und unser Verständnis grundlegend verändern wird.

Das neue Gesetz vollzieht die Entwicklungen der letzten Jahre nach und definiert neue Ansprüche in vielen Bereichen. So stärken wir den Landesbeirat für Menschen mit Behinderung. Denn dieser Beirat sorgt für die unmittelbare Beteiligung von betroffenen Menschen. Ebenso führen wir eine Normenkontrolle für alle neuen Gesetze ein. Jedes neue Gesetz muss in Zukunft darauf geprüft werden, ob es der UN-Behindertenrechtskonvention entspricht. Auch wird der barrierefreie öffentliche Personen Nahverkehr im Gesetz verankert und auch der Sonderfahrdienst wird gesetzlich garantiert. Auch ist nun in einem Gesetz festgeschrieben, dass mittelfristig alle öffentliche Gebäude so umgebaut werden müssen, dass sie für alle Menschen barrierefrei sind. Neu ist auch, dass der Denkmalschutz nachrangig vor der Barrierefreiheit ist. Das Gebäude passt sich den Menschen an und nicht andersherum!

Aber es gibt auch einige Wehrmutstropfen. Als Sprecher für Menschen mit Behinderung unterstützte ich z.B. den Ansatz, dass langfristig alle Berliner Schulen gehörlosen Schülerinnen und Schüler Gebärdensprachdolmetscher zur Seite stellen müssen. Umsetzbar ist dies aber nicht, da es einfach zu wenige Gebärdensprachdolmetscher gibt. So bleibt es auch weiterhin bei den inklusiven Schwerpunktschulen.

Eine kleine Bilanz - Der 2. Teil

Was ich für unsere drei Kieze erreichen konnte

In der letzten Ausgabe konnten Sie hier eine kleine Bilanz meiner Arbeit im Abgeordnetenhaus lesen. Dieses Mal möchte ich Ihnen ein paar Beispiele meiner Arbeit für Oberschöneweide, Niederschöneweide und Johannisthal geben. Denn ein Abgeordneter muss vor Ort, engagiert und ansprechbar sein.

Manchmal melden sich drei oder vier Nachbarinnen und Nachbarn am Tag und schildern mir ihr Anliegen oder Problem. Mal ist der Bahnhof Schöneweide das Thema, mal die fehlenden Parkplätze, mal die vergebliche Suche nach einer Wohnung. Oftmals sind es Probleme und Anliegen, die alle betreffen, mal Einzelfälle. Klar ist, ich versuche mich um alle diese Dinge gleichermaßen zu kümmern.

Mal führt Engagement zu einem Ergebnis. Oftmals aber auch nicht. Nicht alle Probleme kann ich lösen oder zwischen den Beteiligten vermitteln. Wichtig ist, dass jeder Menschen ernst genommen wird und Gehör findet. Das ist mein Anspruch an meine Arbeit in meinem Wahlkreis. Das soll auch Ihr Anspruch an mich sein.

In den letzten fünf Jahren konnte ich mich an einigen Stellen für alle sichtbar einsetzen und Probleme lösen.

Temporäre Aufzüge am Bahnhof Schöneweide

Der Umbau vom Bahnhof Schöneweide geht voran. Seit einigen Jahren ist der Bahnhof nur noch über den Zugang am Sterndamm erreichbar. Ursprünglich sollten Menschen mit einer Behinderung sowie ältere Fahrgäste und Eltern mit Kinderwagen mit den regulär bestehenden Busverbindungen zu den Bahnhöfen Adlershof, Baumschulenweg und Johannisthal gelangen, um dort einen barrierefreien Zugang zur S-Bahn zu haben.

Als die Bahn merkte, dass dieses Vorhaben auf keine Gegenliebe stößt, sollte ein Busshuttle eingerichtet werden, welcher den Bahnhof Schöneweide mit den anderen Bahnhöfen verbinden sollte. Erst nach viel Druck, unzähligen Gesprächen und einem durch einen Verband von Menschen mit Behinderung initiierten Schlichtungsverfahren erklärten sich die Bahn AG und die Senatsverwaltung bereit, die ersten temporären Fahrstühle Deutschlands am Bahnhof Schöneweide zu errichten.

Rettung der Fähre F11

Im Zuge der Eröffnung der Minna-Todenhagen-Brücke sollte die Fährverbindung zwischen Oberschöneweide und Baumschulenweg eingestellt werden. Die Anwohnerschaft organisierte sich und holte mich dazu. Mit Anfragen, Gesprächen und vielen Aktionen konnte belegt werden, dass diese Fähre für die Anwohnerschaft sowie für Ausflügler unersetzlich ist und nicht verschwinden darf. Dank dieses Kampfes ist die älteste Fährverbindung Berlins für die nächsten Jahre gesichert.

Ein neuer Zugang für den Bahnhof Johannisthal

Die Umbenennung des Betriebsbahnhofes Schöneweide in Bahnhof Johannisthal kam überraschend und wird bis heute hinterfragt. Dass der Bahnhof sich aber auch in Richtung Johannisthal öffnen muss, das war schon lange klar. Leider vergaß die Bahn AG jedoch den Zugang von Johannisthaler Seite zu errichten. Erst 2024 sollte die bestehende aber baufällige Brücke saniert und wiedereröffnet werden. Hier gelang es mir, das Bauvorhaben stark zu beschleunigen. Noch in diesem Jahr wird der Bahnhof Johannisthal von Johannisthaler Seite aus erreichbar sein.

Mehr Schutz für Anwohnende und Kinder

Bereits 10 Jahre lang versuchten Anwohnerinnen und Anwohner der Edisonstraße dafür zu sorgen, dass es in der Straße etwas ruhiger wird. Doch die Senatsverwaltung für Verkehr lehnte es immer wieder ab, die Regelgeschwindigkeit auf 30 Km/h zu senken. Dies gelang mir im April 2020. Auch im Königsheideweg und im Sterndamm konnte ich für etwas mehr Sicherheit sorgen.

Neue Gleise für die Parkeisenbahn Wuhlheide

Die Parkeisenbahn Wuhlheide ist eine Herzensangelegenheit. Die Parkeisenbahn hat jedoch mit Vandalismus zu kämpfen und ein Teil der Gleise liegt seit vielen Jahren brach.

Ich konnte dafür sorgen, dass die Parkeisenbahn 720.000€ erhalten hat, um den stillgelegten Streckenabschnitt zu sanieren und zu reaktivieren sowie eine neue Wagenhalle zu errichten.

Eine zusätzliche Buslinie für Johannisthal

In Oberschöneweide führte mein Engagement für die Verlängerung der Buslinie 365 zu einer Ablehnung der Senatsverwaltung für Verkehr. In Johannisthal gelang es mir hingegen dafür zu sorgen, dass die Buslinie 163 eine neue Streckenführung bekommt und ab November die Wohngebiete um den Segelfliegerdamm und den Eisenhutweg besser erschlossen werden.

Ende der unsinnigen Sanierung des Fußgängertunnels

Der Fußgängertunnel am Bahnhof Schöneweide ist seit einem Brand geschlossen. Vergeblich versuchte die Senatsverwaltung für Verkehr den Tunnel zu sanieren, obwohl seit Jahren klar ist, dass der Tunnel nach dem Umbau des Bahnhofsvorplatzes überflüssig ist. 60.000€ wurden unsinnig investiert. Dies konnte ich beenden.